



fordern:

Beitragssatzung zum Straßenausbau muss geändert werden!

Straßensanierung kann für Eigentümer tausende Euro kosten. Stellen Sie sich vor, Sie bekommen einen amtlichen Bescheid von der Stadt. Darin werden Sie aufgefordert, 18.000 Euro zu zahlen für die Straße, die vor Ihrer Haustür gerade generalsaniert wurde. Das ist utopisch?

Nein, leider nicht! Genau das ist einem älteren Ehepaar aus Schonwald (Bayern) passiert. Und das könnte auch Grundstückseigentümern in Königsbrunn blühen.

Warum? Weil das die Rechtslage erlaubt! Steht eine konkrete Straßensanierung an, regelt das Kommunale Abgabengesetz (KAG) wie viel die Stadt zahlt und wie hoch der Kostenanteil ist, der auf die Anlieger umgelegt wird. Bei ca. 130 Euro pro Quadratmeter Straße kann das teuer werden.

Das finden Sie ungerecht? Die Freien Wähler auch! Vor allem, wenn es sich um Straßen handelt, die regelmäßig von allen benutzt werden. Außerdem führt diese

Art der Kostenbeteiligung zu einer hohen finanziellen Belastung weniger Bürger.

Das sehen übrigens auch Gerichte so: Das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht haben festgestellt, dass auch eine „ereignisunabhängige regelmäßige Abgabe zu diesem Zweck“ möglich ist. Das heißt: Jeder der ein Grundstück oder eine Immobilie besitzt, zahlt jedes Jahr einen moderaten Betrag an die Gemeinde. Aus diesem Topf

werden dann Straßensanierungen finanziert.

Dafür muss aber das Bayerische KAG geändert werden – das Ziel der Freien Wähler. Wir schauen dabei nach Hessen und Rheinland-Pfalz. Beide Bundesländer haben die Änderung bereits durchgeführt. Praxisbeispiele, etwa aus Pirmasens, zeigen, dass es funktioniert. Infos dazu sowie die Gerichtsurteile und vollständigen Satzungen können Sie auf unserer Website www.fwkoenigsbrunn.de

einsehen. Helfen Sie uns dabei, die Regelung auch in Bayern umzusetzen, damit Ungerechtigkeiten wie bei dem Ehepaar aus Schonwald nicht mehr passieren können.

Im Bayerischen Landtag sind die Freien Wähler bereits am Ball – der Druck aus der Bevölkerung muss aber noch stärker werden, damit eine Änderung des KAG umgesetzt wird.

Deshalb werden die Freien Wähler Königsbrunn in Kürze einen öffentlichen Infoabend veranstalten



(Termin folgt) und Unterschriften sammeln, die wir im Landtag einreichen werden.

Bea Lemcke/Jürgen Raab